

Menschliche Perspektiven für alle LINKE gab Startschuss für Kommunalwahl 2009

Mit dem Anspruch „Menschliche Perspektiven für alle - Temperament und Temperatur gegen soziale Kälte“ führten der Leipziger Stadtverband der LINKEN und die Linksfraktion im Stadtrat am 5. April 2008 erfolgreich eine gemeinsame Klausur durch. Diese Beratung gab den Startschuss für die Ausarbeitung des Kommunalwahlprogramms für die Kommunalwahl im Juni 2009. Eines wurde besonders deutlich an diesem Tag: die neu formierte Partei war, ist und bleibt das linke alternative Gestaltungszentrum in und für Leipzig. DIE LINKE. ist für jedermann (und natürlich auch jederfrau) in der gesamten Generationenstafette erkennbar diejenige politische Kraft, die sich am stärksten und zugleich glaubwürdigsten für die sozial Benachteiligten einsetzt und für die Integration aller in das gesellschaftliche Leben kämpft. DIE LINKE beabsichtigt nicht, sich in die vermeintliche Mitte des politischen Spektrums zu begeben, wo sich schon so viele Themen-Weichspüler verklumpen, dass der Überblick über Wege und Ziele des Handelns verloren geht. Die Stärke der LINKEN liegt vielmehr in ihren deutlichen Positionen und damit zugleich in ihrer Verlässlichkeit.

Mit sozialer Gerechtigkeit, solidarischem Handeln und solider Programmatik will DIE LINKE. in Leipzig künftig mehr als nur jenes Viertel der Leipziger Wählerinnen und Wähler erreichen, die der PDS bereits bei der Kommunalwahl 2004 ihre Stimme gaben. Durch die Verstärkung des aktiven Dialogs mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern können wir nicht nur Lösungswege für offene Fragen entwickeln und Perspektiven aufzeigen, sondern mit Blick auf 2009 durchaus auch weitere Sympathisantinnen und Sympathisanten gewinnen. Es war nicht zuletzt der Bürgerentscheid am 27. Januar 2008, der deutlich vor Augen führte, wo die wirklichen Interessen der Leipziger

Bürgerschaft liegen und welche Themen sie zur Meinungsäußerung und zum eigenständigen Agieren herausfordern. Vielfältige Anknüpfungspunkte für eine linke Politik zum Nutzen breiter Bevölkerungsschichten sind gegeben, und es gilt nun, der Öffentlichkeit nach der Partei-Neubildung überzeugende programmatische Angebote zu unterbreiten. Das Ziel sind zeitgemäße Antworten auf bewegende Fragen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Unverzichtbar ist dabei eine aktuelle Positionsbeschreibung des demografischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsstandes der Stadt Leipzig fast zwei Jahrzehnte nach dem tiefen Umbruch von 1989. Dabei ist zu beachten, dass in den wenigen Jahren seit 2004 wichtige Veränderungen sowohl auf der Bundesebene mit Ausstrahlung auf die Kommunalpolitik als auch in Leipzig selbst gefallen sind. Dazu müssen auch neue Leitlinien zu wichtigen Feldern der Kommunalpolitik neu erarbeitet werden. Neoliberale Kahlschläge im Sozialbereich, der fortgesetzte Sozialabbau unter einer seit zweieinhalb Jahren in Berlin tätigen Großen Koalition, die Ausbreitung der sozialen Kälte durch Hartz IV, die Rückkehr überwunden geglaubter Auswüchse der Ausbeutung arbeitender Men-

schen mit dem skandalösen Befund, dass selbst das regelmäßige Arbeitseinkommen von Vollbeschäftigten in immer mehr Bereichen kaum noch die notwendigen Lebensbedürfnisse abdeckt, beschreibt Generaltrends in Wirtschaft und Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich Leipzig in den letzten Jahren zur sächsischen Armutshauptstadt.

Die Klausur machte daher deutlich, dass soziale Aspekte erneut in den Titel unseres Kommunalwahlprogramms aufgenommen werden sollten. Sie drücken die höchste Kernkompetenz der LINKEN und die deutlichste Unterscheidbarkeit im Verhältnis zu den anderen Parteien aus. Überzeugendes Eintreten für soziale Gerechtigkeit prägt unsere Politik auch weiterhin. Dazu zählen auch die zahlreichen Aspekte des zweiten Arbeitsmarktes sowie der fortgesetzte Kampf um den Mindestlohn. Neben den Interessen der arbeitenden Menschen kämpfen wir eben auch energisch für diejenigen, die aus den verschiedensten Gründen aus dem Arbeitsprozess gedrängt wurden und dringend aus den öffentlichen Kassen auf Unterstützung angewiesen sind.

*Sylvia Höhne
Carola Lange
Dr. Volker Külöw*

Heraus zum 1. Mai 2008

- 9:00 Uhr Demonstration der IG Metall vom Connewitzer Kreuz zum Augustusplatz
- 11:00 Uhr Mai-Feier des DGB auf dem Augustusplatz mit Informationsständen und Kultur
- 15:00 Uhr Mai-Feier DIE LINKE. im Liebknecht-Haus mit kultureller Umrahmung

Wahlergebnisse des außerordentlichen Parteitages DIE LINKE. Leipzig vom 27. März 2008 - Nachwahlen

stellvertretende Vorsitzende

abgegebene Stimmen: 91

Sylvia Höhne

Ja 75 Stimmen (82,4 %)

Nein 12 Stimmen (13,2 %)

Enthaltung 4 Stimmen (4,4 %)

Damit wurde Sylvia Höhne zur stellvertretenden Vorsitzenden der Partei DIE LINKE. Leipzig nachgewählt.

Frauen - vormalige WASG

abgegebene Stimmen: 84

Bettina Gerloff

Ja 69 Stimmen (82,1 %)

Nein 9 Stimmen (10,7 %)

Enthaltung 6 Stimmen (7,1 %)

Damit wurde Bettina Gerloff in den Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig nachgewählt.

allgemeine Liste - vormalige WASG

abgegebene Stimmen: 86

Klaus Schmidt

Ja 58 Stimmen (67,4 %)

Nein 23 Stimmen (26,7 %)

Enthaltung 5 Stimmen (5,9 %)

Damit wurde Klaus Schmidt in den Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig nachgewählt.

Frauenliste

abgegebene Stimmen: 86

Maritta Brückner

Ja 73 Stimmen (84,9 %)

Nein 8 Stimmen (9,3 %)

Enthaltung 5 Stimmen (5,8 %)

Damit wurde Maritta Brückner in den Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig nachgewählt.

allgemeine Liste

abgegebene Stimmen: 86

Markus Heide: 46 Stimmen (53,5 %)

Ronny Rothe: 3 Stimmen (3,5 %)

Herbert Will: 37 Stimmen (43,0 %)

Damit wurde Markus Heide in den Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig nachgewählt.

Alle guten Dinge sind drei, Ziel aber sind zehn!

Am 31. März 2008 fand im Stadtbezirk Nordwest die konstituierende Sitzung des am 8. März 2008 gewählten Vorstandes des erstmals gegründeten Stadtbezirksverbandes DIE LINKE. Leipzig-Nordwest statt.

Auf der ersten Sitzung wurde einmütig beschlossen, dass der Vorstand, welcher aus sieben Mitgliedern besteht, sich monatlich trifft, um anstehende Aufgaben und Problemstellungen innerhalb der Parteistrukturen konstruktiv zu erfüllen und zu lösen.

Das Handeln des Ortsvorstandes leitet sich dabei insbesondere aus dem Antifaschistisches Aktionskonzept, dem Kommunalwahlprogramm des Stadtverbandes Leipzig und dem Kompass 2009 ab.

Der erklärte Wille des Vorstandes ist es, sein Tun und Handeln so auszurichten, dass im kulturvollen Miteinander die Herausforderungen dieser Zeit innerhalb und außerhalb unserer Partei angenommen und gelöst werden.

Ein wichtiger Baustein für das Zusammenwachsen und das Zugehörigkeitsgefühl werden gemeinsame Mitgliederversammlungen der sieben Basisgruppen aus den vormaligen Ortsverbänden Wahren/Möckern, Lützschena-Stahmeln und Lindenthal sein. Diese werden mindestens einmal im Quartal durchgeführt. Ziel dieser Zusammenkünfte soll sein, unter den Mitgliedern unseres Stadtbezirksverbandes einen regen Gedankenaustausch zu entfachen, die Lust sich in das politische Geschehen einzubringen anzuregen und das Bedürfnis zu wecken, die Ziele der Partei DIE LINKE. auch außerhalb der Partei und seinen persönlichen vier Wänden zu moderieren und zu vertreten.

Die Mitglieder des gewählten Vorstandes sind sich darüber einig, dass die Gründung des Stadtbezirksverbandes DIE LINKE. Leipzig-Nordwest nicht zum Selbstzweck erfolgte, sondern in erster Linie ein Stadtbezirksverband in Konkurrenz zu den anderen im Stadtbezirk eta-

bierten Parteien sein wird.

Aufgabe ist es in erster Linie gemeinsam mit den gewählten und berufenen Kommunalpolitikern der Partei DIE LINKE. die Befindlichkeiten der Bürger zu erkennen und die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Zu diesem Zweck werden die Vorstandsmitglieder wechselweise an den jeweiligen Bürgersprechstunden der Abgeordneten teilnehmen. Allen Unkenrufen zum Trotz bewegt sich im Stadtverband Leipzig etwas.

Für die Einleitung der Gründungsgespräche im Herbst 2007, die gemeinsam durchgeführte Mitgliederversammlung oben genannter Ortsverbände am 17. Januar 2008 und die anlässlich des Internationalen Frauentages durchgeführte Wahlversammlung möchte ich mich bei allen Akteuren, insbesondere bei den Stadtvorstandsmitgliedern Steffi Deutschmann und Sören Pellmann als die unsrigen "Patenerlern" bedanken.

Siegmond Mai
Vorsitzender

Aufruf an KünstlerInnen

Liebe ‚künstlerische‘ Genossinnen und Genossen, der Stadtvorstand möchte gern die kulturellen Aktivitäten unserer Mitglieder stärker bündeln und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen. Geplant ist die Integration von Terminen im Newsletter sowie die Präsenz auf der Internetseite des Stadtverbandes. Aus diesem Grund möchte ich alle Kultur-

schaffenden unter uns aufrufen und bitten, sofern Ihr Euch daran beteiligen möchtet, uns mit einer Zuarbeit zu helfen. Bitte stellt Euch als IG, AG oder formloser Zusammenschluss kurz vor, nennt die Termine Eurer Zusammenkünfte sowie die Art der Veranstaltungen, die Ihr plant oder auf Anfrage ermöglichen könntet. Damit Euch Interessierte bei Bedarf ansprechen können, gebt bitte

eine Kontaktmöglichkeit mit E-mail-Adresse an. Insgesamt sollten die Ausführungen eine A4-Seite nicht übersteigen. Ein Formblatt zum Ausfüllen findet Ihr auf der Seite des Stadtverbandes unter

www.die-linke-in-leipzig.de/pdfs/Formblatt-Kultur.pdf

Alternativ könnt Ihr das bei Steffi Deutschmann in der Geschäftsstelle abholen. Ich freue mich auf Eure Zuarbeit **bis zum 30. Mai 2008.** *Skadi Jennicke*

Abwege einer Debatte

Die durch den „Türsteher“ aufgeheizte Szenerie und öffentliche Debatte wird durch politische Breitseiten von Nazis und Konservativen unzulässig aufgeheizt.

So versuchte die NPD im Bündnis mit den so genannten „Freien Kräften“ die komplex verlaufende, lebensgefährliche Dimensionen annehmende Auseinandersetzung zwischen kriminellen Netzwerken und Sicherheitsleuten ideologisch aufzuheizen. „Für ein gastfreundliches Leipzig – Kriminelle Ausländerbanden raus“ war das Motto unter dem sie am 15. März in Leipzig demonstrieren und damit rassistische Ressentiments mobilisieren wollten. Dank der Verbotsinitiative der Stadt und des öffentlichen Drucks vollzogen die Nazis diesen Aufmarsch nicht.

Einen recht gefährlichen Pfad beschreitet derweil auch die CDU, die den Türsteher-Streit zum Anlass nimmt, um nachdrücklich auf die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit hinzuweisen und die Stadtpolitik des Nichts-Tuns anzuprangern. Eigentliche Probleme seien laut Peggy Liebscher, CDU Stadträtin: Worchdemos, linksextreme Krawalle, Silvesterrandale, illegale Graffiti und Thor Steinar. Eine wilde Mixtur, die die lokale konservative Hardlinerin da aufmacht, und auf dem Fuß folgend mehr Videoüberwachung und eine härtere Gangart gegen Nicht-Deutsche einfordert. Dass die gewaltvollen Kämpfe um den Zugang zum dubiosen Sicherheits- und Drogenmarkt das Problem sind, wird hier in eine aufgeblähte, ideologisch zugespitzte Szenerie eingeordnet. Es ist unschwer erkennbar, dass damit ein konzertierter Schlag gegen die SPD-geführte Stadtregierung wie auch den der Partei DIE LINKE. angehörenden Ordnungsdezernenten Heiko Rosenthal geprobt wird.

Ein Brief, den der Sächsische Innenminister Albrecht Buttolo, ebenfalls CDU, am 11. März an den Leipziger OBM richtete, zeigt dann auch noch klarer, um was es den Vertretern der Law-and-Order-Politik geht. Buttolo verortet die Ursache für die aufgeheizte Stimmung in der Stadt nicht etwa zuförderst in den Kämpfen um Einflussphären und Pfründe organisierter krimineller Netzwerke, sondern in der „unzureichenden räumlichen und inhaltlichen Distanzierung bestimmter politischer Kräfte in der Stadt von extremistischen Gewalttaten.“ Seine Hauptthese ist, dass „die Gewaltexzesse beispielsweise der linksextremistischen Szene anlässlich rechtsextremistischer Demon-

strationen in engem Zusammenhang mit der Untätigkeit der Stadtverwaltung hinsichtlich der Stützpunkte linksextremistischer Gewalttäter in Connewitz“ stehen. Die von der CDU aufgemachte Linie strapaziert unübersehbar das zweifelhafte Extremismusparadigma, das mit dem Namen Eckard Jesse verknüpft ist. Der Politikwissenschaftler, der als Autor und Herausgeber einschlägiger Publikationen für die Historisierung des Nationalsozialismus eintritt, ist seit jeher enger Berater der sächsischen CDU in Sachen Anti-Extremismuskampf. Die von ihm wissenschaftlich betriebene Gleichsetzung von links und rechts als von der politischen Mitte abweichende Phänomene wird in wissenschaftlichen Zusammenhängen mehrheitlich abgelehnt. Die Extremismustheorie, die auf der Totalitarismustheorie basiert, konzentriert sich auf die Betrachtung von Bewegungen und Parteien, die „in Opposition zum liberalen Verfassungsstaat“ stehen. Die Hauptkritik an dieser Herangehensweise richtet sich auf deren bloße formbezogene Betrachtungsweise. Genau wie der Totalitarismustheorie geht es ihr um den Vergleich von Strukturmerkmalen, das Erkenntnisinteresse tendiert gegen Null, da Gleichsetzung als Ziel faktisch vorausgesetzt ist. Der Politikwissenschaftler Gero Neugebauer (Berliner Otto-Suhr-Institut) lehnt den Extremismusansatz aus sozialwissenschaftlicher Perspektive als eindimensional ab, er behindere wissenschaftliche Erkenntnisse sogar. Grundlegende inhaltliche Differenzen zwischen politischer Linker und Rechter würden damit ausgeblendet. Während rechte Ideologie einem autoritären, anti-demokratischen Grundverständnis folgt, kann dies für die politische Linke nicht generalisierend unterstellt werden. Die Konstituierung einer Mitte, die sich selbst als dem liberalen Verfassungsstaat verpflichtet sieht und sich von „extremistischen Rändern“ abgrenzt, ist ein fragwürdiges Modell und dient viel eher dazu die „Gegner der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu identifizieren und ihr Verhalten gegebenenfalls zu sanktionieren“ (Gero Neugebauer: Linksextremismus, in: Schubarth/ Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2000). Dieser Verfassungsstaat konstituiert sich auf Grundlage des Grundgesetzes, das dessen Werte und Spielregeln festschreibt und Freiheit und Gleichheit in Einklang bringen will. So die

Theorie. Dass soziale Grundrechte unterbelichtet oder die repräsentative parlamentarische Demokratie als begrenzendes Prinzip festgeschrieben ist, können und sollten dem kritischen, radikaldemokratischen linken Blick aufstoßen, die 1968 herbeigeführte legitime Einschränkung von Grundrechten im „Notstand“-fall und die de facto-Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl 1993, zeigen auf wie veräußerlich Grundrechte dann eben doch sind. Die Frage nach dem Standort der den liberalen Verfassungsstaat beschwörenden Mitte scheint hier angebracht.

„Jeder Demokrat ist ein Antifaschist, aber nicht jeder Antifaschist ist auch ein Demokrat.“ verkündet der bekanntermaßen mit Akteuren der Neuen Rechten liebäugelnde Eckard Jesse in der Leipziger Volkszeitung vom 4. Januar 2008. Jesse scheint mit seinen Kommentaren zu den unpolitischen Silvesternacht-Krawallen am Connewitzer Kreuz in Leipzig Wegbereiter der derzeit durch die CDU betriebenen Hatz gegen linke Zusammenhänge und den Stadtteil Connewitz zu sein. „Nur weil sie gegen Neonationalsozialisten auftreten, sind Linksextremisten noch lange nicht gut. Sie sind Antidemokraten.“ so fährt Jesse im Interview fort und fordert „Schnellverfahren und härtere Gesetze“. Ungeachtet der Tatsache, dass solche Verschärfungen nicht auf kommunaler Ebene verhandelt werden, wird daran recht deutlich wohin die CDU im Schlepptau mit Jesse will: hartes Durchgreifen gegen politische Linke, z. B. durch den Entzug von städtischen Fördergeldern für „die Stützpunkte der Linksextremisten“, wie es im erwähnten Offenen Brief des Innenministers zwischen den Zeilen mitschwingt.

Schaut man sich derweil die Szenerie in der Metropole Leipzig an, wo gewaltvolle, menschenverachtende Naziübergriffe und Aktionen in den Alltag einziehen oder rechts-außen Kommunalpolitiker gegen ein „so genanntes Antidiskriminierungsbüro“ und „kriminelle Ausländer“ hetzen, muss man den konzertierten Versuch einer Diskursverschiebung gegen emanzipatorische Lebensentwürfe und linke Politik nicht nur vermuten.

Ein jüngst gegründetes Bündnis wird sich gegen derartige Diskreditierungsversuche zur Wehr setzen. Auch und gerade jenseits machtpolitischer Ränkespielchen in Politik und Verwaltung.

ASG Sachsen – DIE LINKE trifft sich in Meissen

Am 16. Februar 2008 haben die Mitglieder des landesweiten Zusammenschlusses ASG-DIE LINKE. Sachsen auf ihrer 1. Mitgliederversammlung beschlossen, im II. Halbjahr dieses Jahres in Leipzig einen Landessozialkonvent durchzuführen. Neben Betroffenen des Sozialbetruges der rot/schwarzen Bundesregierung sollen insbesondere Referenten aus den sozialen Bewegungen zu Wort kommen.

Der Sozialkonvent soll sich an thematischen Aspekten orientieren, darunter „Kinderarmut in Sachsen“, „Hartz IV ist menschenunwürdig“, „Die Kriegspolitik der Bundesregierung ist unerträglich“.

Lutz Hausstein, Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft äußerte sich im Nachgang der Versammlung optimistisch und betonte die linksalternative Herangehensweise an das Podium: „Wir wollen den Menschen, die tagtäglich mit Hartz IV unmittelbar konfrontiert sind, ein Podium geben. Als Linke stehen wir zur Verantwortlichkeit gegenüber den Protestierenden, die wir selbst in den vergangenen Jahren zum Widerstand gegen Hartz IV und die AGENDA 2010 aufgerufen haben. Mit uns wird es keinen pseudosozialdemokratischen Weg geben, wie ihn die SPD seit 2000 gegen

gen ist.“

Maximilian Meurer, neu gewählter Vertreter der ASG im Landesrat der Linken in Sachsen, betonte erneut, wie wichtig den LINKEN auch in der Zukunft die Anliegen der von sozialer Not betroffenen Menschen seien.

Dazu gehöre es für ihn, sich auch inhaltlich mit bisherigen linken Positionen zur Sozialpolitik in Sachsen auseinanderzusetzen. Es genüge nicht, so Meurer wörtlich, „...ein Wahlprogramm auf der Grundlage der Bedürfnisse der Menschen zu gestalten, aber sich gleichzeitig mit gegenwärtigen und ahistorischen SPD-Positionen in der Sozialpolitik zu begnügen. Wir haben doch nicht eine neue Partei gegründet, um veraltete Politik zu machen.“

Lutz Hausstein

Armut, Nationalismus, Selbstbewusstseinskult - über kapitalistische Gewaltverhältnisse -

Fast jeden Tag liest oder hört mensch in den Medien Berichte über sinnlose Gewalt und blinde Zerstörungswut, die scheinbar immer mehr Opfer fordert. Dem fassungslosen Publikum werden meist jugendliche „Krawallmacher“ und „Chaoten“ vorgeführt, welche scheinbar völlig irrational handeln. Doch scheint dabei Gewalt an sich weniger das Problem zu sein, sondern vielmehr ihre angebliche Sinnlosigkeit oder ihre Unrechtmäßigkeit. Ist dem aber so? Verfolgen Hooligans und gewalttätige Jugendliche wirklich kein Ziel mit ihren Taten? Und was unterscheidet sie von Polizisten, die auf linke Demonstranten einprügeln oder illegalisierte Ausländer auf den Boden treten, fesseln und in Hunger und Folter abschieben?

Letztlich ist jeder Mensch im heutigen kapitalistischen System von Gewalt um-

geben. Die Frage nach den Ursachen dieser Gewalt wird aber viel zu selten gestellt bzw. oft nur oberflächlich diskutiert. Dass die Täter meist aus der „Unterschicht“ kommen, dass sie ohne Abschluss aus der Schule entlassen werden und ihre berufliche Perspektive folglich zwischen wechselnden Teilzeitjobs und Hartz IV angesiedelt ist, lässt sich kaum noch verschweigen. Aber die logische Konsequenz daraus, das kapitalistische Wirtschafts- und Erziehungssystem zu hinterfragen, will niemand erkennen. Am ehesten wird noch das individuelle Versagen der Menschen und ihrer elterlichen Erziehung oder die fehlende Härte von Jugendämtern, Polizei und Justiz beklagt. Die einzigen politischen Forderungen, die über uns nach den Gewalttaten hereinbrechen, schwanken zwischen schnelleren

und härteren Strafen oder Sozialarbeit und Frustrationsabbau. So wird wahlweise nach mehr Polizei oder mehr Sozialtherapeuten verlangt, je nachdem ob die Forderungen von konservativer oder liberaler Seite kommen. Gemein haben beide Ansätze, dass sie nur an den Symptomen der gewalttätigen Verhältnisse herumdoktern, ohne Gründe und Ursachen zu analysieren. Was die Frage aufwirft, ob die momentan gesellschaftlich anerkannten Antigewaltmaßnahmen wirklich helfen.

Über diese Thematik möchten wir mit Prof. Freerk Huisken diskutieren. Er lehrte an der Uni Bremen und forscht seit Jahren zu den Themen Jugend, Gewalt und politische Ökonomie.

Datum: 21. April 2008

Uhrzeit: 19:00 Uhr

**Ort: HGB, Wächterstraße 11,
Raum 2.41**

VeranstalterInnen: AG A.F.A.A.K.L. und LINKSJUGEND. Leipzig

Frauentag im Bürgerbüro der Bundestagsabgeordneten Barbara Höll

Wie im vergangenen Jahr waren die Seniorinnen der Partei DIE LINKE. zu einem Frauentags-Nachmittag im Bürgerbüro von MdB Dr. Barbara Höll eingeladen. Neben den gängigen Standards einer guten Kaffeetafel wurden wiederum höchst interessante literarische Kostproben der Frauen der Freitagswerkstat und Dialog e. V. angeboten. Erstaunlich war erneut das Talent der Schreibenden, ihre Themen geistreich zu erzählen und eben-

so unterhaltend vorzutragen. Besonders angesprochen hat mich das Gespräch zwischen Großmutter und Enkel – auch, weil es mir Anregung gab, selbst zum Stift zu greifen und Schlüsselerlebnisse meines arbeitsreichen und durchaus bewegten Lebens für meine Enkel und Urenkel aufzuschreiben. Allen an dem gelungenen Frauentags-Nachmittag Beteiligten sei noch einmal herzlich gedankt.

Edeltraud Rohde

Stadtseniorenkonferenz

Am Donnerstag, **22. Mai 2008 - 15:30 Uhr beim Ordnungsamt, Prager Straße 28**, findet die Stadtseniorenkonferenz, statt. Eingeladen sind alle Mitglieder der Partei DIE LINKE, welche zum Tag der Konferenz das 60. Lebensjahr vollendet haben.

Auf dieser Konferenz werden die Delegierten für die Landesseniorenkonferenz gewählt. Referent ist MdL Dr. Dietmar Pellmann.

Gerda Uhlig/Dr. Volker Külöw

Wie und für wen arbeitet die Stadtratsfraktion der LINKEN?

Ich erlaube mir ein Urteil, weil ich die Arbeit der Fraktion seit 1994 gut kenne. Sie wird in den Äußerungen und Texten der Stadtforumsgruppe – so will ich die Kritiker nennen – immer wieder als abgehoben oder gar losgelöst von der Partei bezeichnet, es gäbe keine Zusammenarbeit zwischen (Stadt-)Partei und Fraktion und sie soll sogar die Partei dominieren. Abgesehen davon, dass eine Fraktion kein Parteiorgan ist (sie ist ein Zusammenschluss von Stadträten zur Erreichung gemeinsamer politischer Ziele; sie ist der Gemeindeordnung unterworfen und ihre Tätigkeit wird vom Steuerzahler finanziert) stimmt diese Darstellung absolut nicht. Warum?

1. Bis auf die auf der offenen Liste gewählten Nicht-Parteimitglieder arbeiten alle Fraktionsmitglieder in ihren Basisgruppen, Ortsverbänden u. a. Gremien mit – meist besonders aktiv.

2. Fast alle Fraktionsmitglieder nehmen als Delegierte oder Gäste regelmäßig an den SDK oder SPT teil und diskutieren dort.

3. Die inhaltliche Grundlage für die Arbeit der Fraktion ist das Kommunalwahlprogramm (KWP), das letzte stammt von 2004. Dieses KWP wurde – wie auch die vorhergehenden – in zahlreichen Arbeitsgruppen von Genossen und auch Sympathisanten erarbeitet, in vielen Gremien diskutiert und von der SDK beschlossen. Auf der Basis dieses KWP haben etwa genau so viel Bürger die PDS gewählt wie die CDU und die SPD, alle 3 Fraktionen sind nämlich gleich groß. Dieses KWP ist ein Programm der Partei, es vertritt die Linie der Partei (dass es damals noch die PDS war, kann man niemandem vorwerfen – obwohl es Vorwürfe dieser Art gibt; es gilt für eine Wahlperiode bis 2009 und ich sehe keinen Grund, es jetzt noch zu ändern). Die Fraktion arbeitet inhaltlich danach und zwar erfolgreich (s. z. B. Halbzeitbilanzen und die auf dem Stadtparteitag Ende Februar vorgelegte Übersicht). Das zeigt auch die für die gemeinsame Klausurberatung von Stadtvorstand und Fraktion am 5. April 2008 erarbeitete Analyse der Umsetzung des KWP. Gleichzeitig beginnt die Arbeit am neuen KWP für 2009. Ich fände es sehr gut, wenn die Stadtforumsgruppe daran intensiv mit-

arbeiten würde.

4. Wenn man sich in o. g. Weise über die Fraktion äußert, sollte man deren Arbeit und Arbeitsweise wenigstens kennen. Die Fraktion hat auf Grund vieljähriger Erfahrung eine – wie ich finde – recht effektive Arbeitsweise gefunden (da es eine sehr aufwändige ehrenamtliche Arbeit ist – meist neben dem Beruf –, ist Effektivität sehr wichtig). Die Fraktionssitzungen (i. d. R. zwei pro Monat) werden inhaltlich in drei Arbeitskreisen vorbereitet, denen außer den fachlich zuständigen Stadträten auch „Fachberater“ (wie ich z. B.) angehören. Dort werden eigene Anträge und Anfragen, Anträge anderer Fraktionen oder Stadträte sowie Vorlagen und andere Materialien der kommenden Ratsversammlung vorberaten, ausführlich diskutiert (auch unter Einbeziehung der lokal zuständigen Stadtbezirksbeiräte unserer Partei) und mit einer Empfehlung an die Fraktion weitergeleitet. Wir sitzen dort als Genossen und beraten im Sinne der Partei. Dasselbe gilt für die Fraktionssitzungen, die oft 4 – 5 Stunden dauern, viele unterschiedliche Dinge behandeln müssen und sowohl aus Gründen der Vertraulichkeit bei strategischen und taktischen Überlegungen als auch aus Gründen der Effektivität nicht generell geöffnet werden sollten. Soweit ich weiß, können die Mitglieder des Stadtvorstandes (und auch höherer Gremien) als Gäste an den Fraktionssitzungen teilnehmen. Wer hat das wahrgenommen, auch von den ausgetretenen Vorstandsmitgliedern? Ebenso sehe ich keinen von den Kritikern auf der Empore bei Ratsversammlungen. All das, was ich hier genannt habe, kostet viel Zeit und Kraft und sollte nicht verunglimpft werden.

5. Ein letzter Punkt: Für einen Stadtrat der LINKEN ist es selbstverständlich, dass er sich vor allem für soziale Belange und für die Interessen der Schwächsten in der Gesellschaft einsetzt. Das zeigt die Arbeit unserer Fraktion von Anfang an. Aber ein Ergebnis, einen Beschluss – der dann auch umgesetzt werden muss – herbeizuführen, ist ein mühsamer und i. d. R. langwieriger Prozess. Das geht nicht im Hauruckverfahren oder „mit der Brechstange“. Als Beispiel will ich das Sozialticket nennen.

Abgesehen davon, dass es anfangs auch in der eigenen Partei Skeptiker gab, brauchte es einen langen Atem und viele Gespräche, zwei weitere Fraktionen für diesen Beschluss zu gewinnen – und natürlich außerparlamentarischen Druck (dank Pia Witte und Petra Weißfuß und ihren Mitstreitern aus der ASG Soziale Politik – ich hätte mir übrigens gewünscht, wenn die AG ASG sich mit dieser AG zusammengetan hätte, anstatt eine eigenständige AG zu bilden). Obwohl der Sozialbürgermeister Fabian dies aus finanziellen Gründen abgelehnt hat, will die SPD-Fraktion bei ihrer Zustimmung bleiben – trotzdem ist die Sache noch nicht „gegessen“.

Ich hoffe, ich habe zeigen können, dass die Vorwürfe gegenüber unserer Stadtratsfraktion nicht gerechtfertigt sind und nicht zur Stärkung der Arbeit unseres Stadtverbandes beitragen. Ich hoffe sehr, dass im Stadtverband zu einer konstruktiven Arbeit zurückgefunden wird.

Joachim Finster

girl's day - 24. April 2008

„Werde Politikerin! - Das ist auch Deine Stadt!“ ist auch dieses Jahr das Motto des Stadtverbandes DIE LINKE. Leipzig. Unsere Mädchen bekommen einen Einblick in die Abgeordnetenbüros linxxnet, ins Bürgerbüro von MdL Cornelia Falken, ins Bürgerbüro von MdB Dr. Barbara Höll und in die Geschäftsräume der Stadtratsfraktion im Neuen Rathaus. Die Schülerinnen der fünften bis zehnten Klassen haben die Chance, in die Arbeitswelt von uns Politikern zu schauen.

Wer sich noch anmelden möchte, kann dies am besten im Internet unter www.girls-day.de oder direkt in den Büros tun.

Carola Lange

9. Gedenkmarsch für die Opfer der Todesmärsche

4. Mai 2008, 9:00 Uhr

entlang der Bundesstraße 6 von Borsdorf nach Wurzen

unter Schirmherrschaft von Peter Sodann

Initiativgruppe „Gedenkmarsch für die Opfer der Todesmärsche“ beim Netzwerk für Demokratische Kultur e.V.

Informationen der AG Antifa

Die AG Antifaschismus und Antifaschistische Politik (AG Antifa) trifft sich jeden Mittwoch 19:00 Uhr im linxxnet, Bornaische Straße 3 d und lädt alle Interessierten ein, sich einzubringen und zu engagieren.

Die AG Antifaschismus und Antifaschistische Politik (AG Antifa) erachtet es als notwendig und bittet die Basisorganisationen (BOs) der Partei, dass diese aus ihren Reihen jeweils eine/-n Beauftragte/-n für Antifaschismus wäh-

len/ernennen, welche/-r an einem Mittwoch des Monats (Spezifizierung folgt noch) möglichst zu unseren Treffen erscheint, um mit uns und den anderen Beauftragten Handlungsperspektiven, Projekte und das Geschehen in den einzelnen BOs mit uns bespricht und uns als Ansprechpartner dient.

Wir erachten zudem eine Schulung zum Thema Rechtsextremismus, auch speziell in Leipzig, als notwendig und fordern daher alle BOs freundlichst auf, uns

Terminvorschläge zu unterbreiten, an denen wir die BOs besuchen und unsere Informationsveranstaltung vorstellen können und danach mit den BOs ins Gespräch kommen können.

Wir bitten die BOs, uns ihre Beauftragte/-n und ihren Terminvorschlag bis zum 30.5.2008 zukommen zu lassen.

Kontakt:

antifa@die-linke-in-leipzig.de

oder telefonisch im linxxnet:

0341 3081199

AG Antifa

Informationen der AG Soziale Politik

Die AG „Soziale Politik“ setzt ihre Veranstaltungsreihe zum Thema "Arbeit und Vollbeschäftigung" mit einem Diskussionsabend zum Thema „Bedingungsloses Grundeinkommen“ fort. Dazu sind alle Interessierten am **22. April 2008 um 18:00 Uhr ins linxxnet, Bornaische Straße 3d** eingeladen.

Diskutiert werden sollen die Fragen:

- Grundeinkommen, ein Konzept gegen die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten,
- die verschiedenen Modelle eines bedingungslosen Grundeinkommens,
- bedingungsloses Grundeinkommen, aber was heißt eigentlich „bedingungslos“?,
- bedingungsloses Grundeinkommen aus feministischer Sichtweise,

- das Menschenbild bei den BefürworterInnen des bedingungslosen Grundeinkommens,
- bedingungsloses Grundeinkommen, ein Weg aus der Sklaverei der Lohnarbeit,
- alternative Beschäftigungsmodelle.

Zu Beginn der Diskussion werden Inputs zu den Fragestellungen von Pia Witte, Sozialwirtin (AfAS), AG Soziale Politik, gegeben.

Petra Weißfuß

Information der AG Junge GenossInnen Leipzig: Bildungsfahrt 2008 nach Dachau

Als diesjähriges Ziel unserer alljährlich stattfindenden Bildungsfahrten haben wir uns für die Gedenkstätte Dachau entschieden. In Dachau gab es das erste dauerhafte Konzentrationslager in Nazi-Deutschland. In keinem anderen Lager geschahen so viele politische Morde, kein anderes Lager bestand so lange. Von insgesamt mindestens 200.000 Haftinsassen starben über 43.000.

Am 7. Juni 2008 startet der Reisebus 5:30 Uhr in der Goethestraße. Geplant sind u. a. eine Führung durch die Ge-

denkstätte des Konzentrationslagers Dachau. Im Anschluss daran findet ein Zeitzeugengespräch in dem Jugendgästehaus Dachau (in welchem wir auch übernachten) statt. Als Extra ist der Sonntag mit einer historischen Stadtrundfahrt durch München vorgesehen. Pro Person kostet die Bildungsfahrt 40,00 Euro (ermäßigt 20,00 Euro). In diesem Preis sind Busfahrt, Führung, Abendbrot, Übernachtung, Frühstück und Stadtführung inklusive.

Anmeldungen können bis 31. Mai 2008



per E-Mail an: agjleipzig@linkspartei-leipzig.de oder Tel./Fax: 14064411/18 erfolgen. Eine verbindliche Anmeldung erfolgt bei Bezahlung.

AG Junge GenossInnen Leipzig

19. April 2008: Konferenz: „(Re)Kommunalisierung statt Privatisierung - Alternativen zum Liberalisierungs- und Privatisierungswahn in Europa“

10:00 - 11:00 Uhr: Öffentliche Güter verteidigen und ausbauen.

11:00 - 12:00 Uhr: Mobilität für alle erkämpfen. Alternativen zur Privatisierung der Deutschen Bahn und des ÖPNV

13:00 - 14:00 Uhr: Wohnungsverkäufe verhindern. Recht auf Wohnen durchsetzen

14:00 - 15:00 Uhr: Soziale Daseinsvorsorge ist keine Ware

15:00 - 17:00 Uhr: Podiumsdiskussion mit VertreterInnen von:

- DGB-Bundesvorstand (Annelie Buntenbach, angefragt)

- DIE LINKE (EU: Sahra Wagenknecht, MdEP)

- DIE LINKE. Leipzig (Dr. Ilse Lauter, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. Leipzig)

- soziale Bewegungen (Pfarrer Christian Führer, angefragt)

- OBM Burkhard Jung (angefragt)
- Vertreter einer Kommune, die re-kommunalisiert hat (angefragt)

Moderation: Dr. Helge-Heinz Heinker (Journalist, Leipzig)

Veranstalter: Linksfraction im Europaparlament GUE/NGL, Linksfraction im Stadtrat zu Leipzig und Stadtverband Leipzig der Partei DIE LINKE.

Sie findet am 19. April 2008, von 10:00-17:00 Uhr im Neuen Rathaus zu Leipzig (Martin-Luther-Ring), Ratsplenarsaal, statt.

Populistische Doppelzüngigkeit der CDU-Fraktion kaum noch steigerbar

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Stadtrat Alexander Achminow kündigte in der LVZ an, die Kita-Beiträge einfrieren zu wollen. Das sei der „Einstieg in die kostenfreie Kinderbetreuung in der Stadt Leipzig“. Diese populistische Doppelzüngigkeit der CDU-Fraktion ist kaum noch steigerbar. Achminow tut so, als ob sich die Stadt Leipzig im luftleeren Raum bewegen könnte und verschweigt bewusst, dass es vor allem seine Partei im Sächsischen Landtag war, die die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Finanzierung der Betreuung in Kitas zu verantworten hat. So reicht die vom Land gewährte Anhebung der Betreuungspauschale bei weitem nicht aus, um den sich in den letzten Jahren vollzogenen Kostenanstieg zu kompensieren. Im kostenintensiven Bereich der Kinderkrippen ist zum Beispiel

das Land lediglich mit 10,6 % an den steigenden Kosten beteiligt, während die Kommune 72,6 % trägt. Anstatt endlich seine Landtagskollegen auf Trab zu bringen, um die eklatante Benachteiligung Leipzigs bei den Sozialausgaben zu beseitigen, will Achminow unsere völlig überschuldete Stadt erneut in finanzielle Haftung nehmen. Wie sich das mit seinen lauten Rufen nach radikaler Haushaltskonsolidierung vereinbart, mag sein Geheimnis bleiben.

Wenn sich die CDU wirklich auf den Weg zu einer kostenfreien Kinderbetreuung begeben wollte, hätte sie im Landtag den zahlreichen diesbezüglichen Anträgen der Linksfraktion zustimmen können, anstatt die Sparschrauben immer weiter anzuziehen. So ist Sachsen inzwischen das ostdeutsche Bundesland mit der niedrigsten

Betreuungsquote im Krippenbereich. Herr Achminow und seine CDU-Fraktion gefallen sich schon seit einiger Zeit im Forderungsgewand des sozialen Wohltäters. Allerdings geht ihr Einfluss auf die CDU-Fraktion im Landtag gegen Null. Wäre das anders, könnte man die großspurigen Ankündigungen sogar ernst nehmen. Aber so wird es wohl demnächst keine jährliche Dynamisierung der Betreuungspauschale geben, so dass die Kommunen weiterhin den Hauptteil des Kostenanstieges tragen müssen. Und wenn die Leipziger CDU wirklich sich der von uns schon lange geforderten für Eltern kostenfreien Kinderbetreuung anschließen würde, könnte sie sich ja zunächst dafür einsetzen, dass sämtliche Personalkosten in Kitas vom Land übernommen werden. Denn auch Kitas sind Bildungseinrichtungen; und für Bildung ist ja wohl das Land zuständig.

Dr. Dietmar Pellmann/ Rüdiger Ulrich

Kommunal-Kombi ja – Euphorie und Halbwahrheiten nein

In der LVZ werden unter der Überschrift „Kommunal-Kombi zum Greifen nah“ z. T. Hoffnungen geweckt, die sich wohl kaum erfüllen dürften. So vermutet die Landtagsabgeordnete Margit Wehnert (SPD), dass durch das Kommunal-Kombi-Programm in Leipzig bis zu 4.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Schön wäre es. Allein die nüchternen Fakten, die Frau Wehnert hätte zur Kenntnis nehmen müssen, sagen etwas völlig anderes aus. Der Bund bezuschusst über dieses Förderprogramm für Sachsen maximal 18.000 Arbeitsplätze mit einer Laufzeit von jeweils 3 Jahren. Da aber 21 der 29 sächsischen Landkreise und kreisfreien Städte anspruchsberechtigt sind, ist eine so hohe Zahl von Beschäftigungsverhältnissen für Leipzig völlig unrealistisch. Außerdem hat die Landesregierung am 19. Februar beschlossen, lediglich einen

Zuschuss von jeweils 220 Euro monatlich für 6.300 solcher Arbeitsplätze zu gewähren und dies höchstens auf 7.500 aufzustocken. Demnach wird es bis Ende 2012 für Leipzig maximal 1.500 Beschäftigungsverhältnisse mit dem Kommunal-Kombi geben. Was darüber hinaus geht, müsste die Stadt pro Arbeitsplatz mit monatlich 400 Euro bezuschussen. Schon 100 dieser Arbeitsplätze würden Leipzig im Jahr fast eine halbe Million Euro kosten. Es wäre deshalb gerade im Interesse Leipzigs, wenn sich Frau Wehnert gemeinsam mit der Linksfraktion, die einen entsprechenden Antrag gestellt hat, dafür einsetzt, dass der Freistaat sämtliche 18.000 Stellen bezuschusst. Hinzu kommt eine weitere Unbekannte. Bei Verabschiedung des Bundesprogramms im Dezember vergangenen Jahres wurde gleichzeitig signalisiert, die bisherige Zahl

von ABM erheblich zu reduzieren. Es bleibt also abzuwarten, um wie viele zusätzliche Arbeitsplätze es wirklich geht. Deshalb gilt: Kommunal-Kombi ja – Euphorie und Halbwahrheiten nein! Ob das Programm in Leipzig wirklich ab 1. Mai starten kann, ist ebenfalls offen. Nach dem Auftritt des CDU-Bürgermeisters Uwe Albrecht in der letzten Ratsversammlung am 19. März bestehen erhebliche Zweifel. So müssen entsprechende Anträge beim Bundesverwaltungsamt in Köln gestellt werden; und es ist offen, wie rasch dort entschieden wird. Darüber hinaus muss die Stadtverwaltung klären, welche Projekte gefördert werden sollen, ob sie die Mittel konzentriert oder zersplittert einsetzen will. Deshalb ist auch hier ein Blick in die Förderrichtlinie des Bundes hilfreich. Danach soll es sich um zusätzliche und gemeinnützige Tätigkeiten vorrangig in den Kommunen handeln. Erst dann wird auf Stellen in Verbänden und Vereinen verwiesen. *Dr. Dietmar Pellmann*

Arbeitsmarkt: Leipzig ist nach wie vor nicht über den Berg

Die Quantität der Arbeitslosigkeit in Leipzig sinkt, ihre Struktur in Bezug auf Langzeitarbeitslose und Arbeitslosengeld II-Bezieher bleibt jedoch weitgehend gleich. Angesichts des beabsichtigten verantwortungslosen Arbeitsplatzabbaus bei Quelle, Telekom, Siemens und BMW sowie der heute veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen muss man zu der Auffassung kommen: Die Arbeitslosigkeit bleibt das Hauptproblem für die Bürgerinnen und

Bürger unserer Stadt.

Bei Arbeitsmarktdaten, die seit Jahren über dem sächsischen Durchschnitt und denen von Chemnitz und Dresden liegen, ist es schon mehr als bedenklich, dass beschäftigungspolitische Konzepte über Jahre hinausgezögert worden sind und das Prinzip Hoffnung von den Realitäten überholt worden ist.

Auch die oft zitierten Meldungen über neu geschaffene sozialversicherungspflichtige

Arbeitsplätze müssen hinterfragt werden. Laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat sich der Beschäftigungsaufbau in Leipzig zum überwiegenden Teil im Bereich der Teilzeitarbeit vollzogen.

Die Verwaltungsspitze ist gut beraten, wenn sie die Zeit bis zur Sondersitzung des Stadtrates zur Beschäftigungspolitik nutzt, um konkrete Lösungsansätze für die kommunale Beschäftigungspolitik in Leipzig zu entwickeln. *Wolfgang Denecke*

Regelmäßige Termine

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr

AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

AG ASG Leipzig

jeden 2. und 4. Donnerstag, 18:30 Uhr

AG Behindertenpolitik

jeden 3. Dienstag, 15:00 Uhr,

Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 6

AG Betrieb & Gewerkschaft

jeden 2. Donnerstag, 19:00 Uhr

AG Cuba si

jeden 2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

jeden 1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Lisa

jeden 3. Montag, 19:00 Uhr

AG Praktika

dienstags, 19:00 Uhr

AG Senioren

jeden 1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr, linxxnet.

AG Tollwut

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

GBM e. V. – Sprechstunden

jeden 1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

jeden 3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

jeden 4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a

Kommunistische Plattform

jeden 1. Donnerstag, 18:30 Uhr

Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

Die Linke.Hochschulgruppe

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

Rentenberatung

Termine nach telefonischer Vereinbarung unter Tel.: 14 06 44 11

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. und 4. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Terminvorschau

Sa., 19. April 2008 - 12:00 Uhr

Workshop: Verschlüsselung des E-Mail-Verkehrs mit GnuPG. Es werden die Grundlagen der Verschlüsselung und die Anwendung in der Praxis gezeigt. Chaos Computer Club Leipzig & linxxnet, linxxnet.

Sa., 19. April 2008 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. Gezeigt wird der Film: „Auschwitz: Am Ende kommen Touristen“. LHL.

Mo., 21. April 2008 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro, Stuttgarter Allee 6.

Di., 22. April 2008 - 19:00 Uhr

Buchvorstellung und Diskussion: »Hitler war's. Die Befreiung der Deutschen von ihrer Vergangenheit« Mit dem Autor Hannes Heer, Hamburg. In Zusammenarbeit mit »el libro« und UT Connewitz e. V., UT Connewitz, Wolfgang-Heinze-Straße 12 a.

Mi., 23. April 2008 - 18:00 Uhr

Bildungsabend: Ein Euro für gute Bildung spart viele Euros im Strafvollzug. Diskussionspartnerin: MdL Cornelia Falken, Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. d. 18. Oktober 10 a

Do., 24. April 2008 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Qualität braucht gute Ausstattung – Die Entwicklung öffentlicher Beschäftigung in Deutschland und den skandinavischen Ländern Mit Dr. Cornelia Heintze, Stadtkämmerin a. D. RLS.

Fr., 25. April 2008 - 18:00 Uhr

„ERZÄHLEN & SCHREIBEN“ Lesung und Begegnung mit der FREITAGSWERKSTATT/ Verein DIALOG e.V., LHL.

Mo., 28. April 2008 - 18:00 Uhr

Bürgerforum mit MdB Dr. Barbara Höll zur aktuell verabschiedeten Erbschaftssteuerreform. Gaststätte „Paunsdorfer Gartenlaube“, Goldsternstraße 47.

Mi., 30. April 2008 - 18:30 Uhr

Vortrag und Diskussion: Erich Fromm – ein unzeitgemäßer Freudomarxist? Mit Prof. Dr. Siegfried Kätzel, Philosoph, Leipzig, Klub Gshelka, An der Kotsche 5 1.

Mo., 5. Mai 2008 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Stuttgarter Allee 6.

Mo., 5. Mai 2008 - 18:00 Uhr

Totgesagte leben länger. Eine Soiree zu Werk und Wirkung von Karl Marx. Mit Prof. Dr. Manfred Neuhaus, Prof. Dr. Klaus Schuhmann, Dr. Christel Hartinger und Peter Gosse, RLS.

Mo., 5. Mai 2008 - 19:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Marie Stritt-Eine – »kampffrohe Streiterin« in der Frauenbewegung Mit Dr. Elke Schüller. Veranstalter: FSR Geschichte, StuRa Uni Leipzig, RLS. Uni Leipzig, GWZ, H 5 2.16, Beethovenstr. 15.

Di., 6. Mai 2008 - 18:00 Uhr

Marxistisches Forum: Die DDR-Verfassung von 1968 mit Prof. Lieberam, LHL.

Do., 8. Mai 2008 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Gemeinsame Gesprächsrunde Senioren und Jugendlichen vom Jugendverband LINKSJUGEND. in Leipzig. LHL.

Do., 8. Mai 2008 - 18:00 Uhr

Diskussionsrunde zum 190. Geburtstag von Karl Marx. Marxismus im 21. Jahrhundert? Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Georg-Schumann-Straße 112.

Mo., 19. Mai 2008 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Stuttgarter Allee 6.

Mo., 19. Mai 2008 - 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde MdL Cornelia Falken, Georg-Schumann-Straße 112.

Mo., 19. Mai 2008 - 19:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Vorreiterinnen und Nachzüglerinnen – Das Frauenwahlrecht in Finnland und in der Schweiz. Mit Bettina Bab. Veranstalter: FSR Geschichte, StuRa Uni Leipzig, RLS, Uni Leipzig, GWZ, H 5 2.16, Beethovenstr. 15.

Do., 22. Mai 2008 - 18:00 Uhr

Liederabend mit ted carruth, Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Georg-Schumann-Straße 112.

Sa., 24. Mai 2008 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. Gezeigt wird der Film: „Der rote Kakadu“. LHL.

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtverband Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 - 14 06 44 11, fax: 0341 - 14 06 44 18, web: www.die-linke-in-leipzig.de, email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig, KontoNr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann, Christine Halle, Andreas Kermer, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.), Wolfgang Teske

Gestaltung: Sören Pellmann

Druck: Stadt Leipzig, Hauptamt

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 5/2008 ist Donnerstag, 8. Mai 2008. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerehaltende Kürzungen vor.